

24. April 2014

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von heute Donnerstag, 24. April 2014

Geschäftsbericht und Jahresrechnungen 2013 der Stadt Wil und der TBW zur Kenntnis genommen

Heute Donnerstag, 24. April 2014, hat das Wiler Stadtparlament von den Jahresrechnungen 2013 der Stadt Wil und der Technischen Betriebe Wil ebenso Kenntnis genommen wie vom Geschäftsbericht 2013 der Stadt Wil und vom Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse. Zudem wurden drei Interpellationen aus dem Themenbereich öffentlicher Verkehr behandelt.

42 respektive 43 von 45 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend. Für die Sitzung entschuldigt waren Sonja Ruckstuhl (CVP; ganze Sitzung), Christa Grämiger (CVP; ganze Sitzung) sowie Nathanael Trüb (SVP; bis 19.00 Uhr).

1. Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Ausgangslage: Gemäss Geschäftsreglement des Stadtparlaments unterbreitet der Stadtrat dem Parlament jährlich Bericht über den Bearbeitungsstand der noch nicht erledigten, erheblich erklärten Motionen und Postulate. Zudem werden die weiteren pendenten Vorstösse und die erledigten Vorstösse aufgelistet.

Anhängige Motionen und Postulate: 6 Motionen und 5 Postulate sind anhängig (Stand 7. März 2014).

- **Revision des städtischen Baureglements – Motion Urs Kuhn (FDP),** 27 Mitunterzeichnete, mit abgeänderter Wortlaut erheblich erklärt am 6. Juli 2006. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 23. Oktober 2013, auf Antrag der Planungskommission, den Zonenplan Wil und das Baureglement für die öffentliche Auflage beschlossen. Diese erfolgte vom 12. November bis 11. Dezember 2013. Innert dieser Frist wurden 43 Einsprachen eingereicht. Teils beziehen sich diese auf einzelne Elemente der Nutzungsplanung, teils auf kombinierte Aspekte. Diese Einsprachen wurden thematisch sortiert geprüft und beurteilt. Die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung werden zur inhaltlichen Klärung und Bereinigung Kontakt mit den Einsprechenden aufnehmen. Schliesslich wird der Stadtrat darüber befinden, wie die vorgebrachten Punkte weiter zu behandeln sind.

- **Soziale Durchmischung im gesamten Stadtgebiet – Postulat Luc Kauf (GRÜNE prowil)**, zehn Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 07.07.2011. Im Postulat wird dem Stadtrat beantragt, dass er einen Bericht über die bereits getroffenen sowie konkret geplanten Massnahmen und die daraus erwarteten Ergebnisse verfasse. Es solle daraus hervorgehen, in welchem Zeitraum die Massnahmen beschlossen würden und bis wann die vorgesehene Wirkung zu erwarten sei. Der Stadtrat hat den Bericht an seiner Sitzung vom 11. September 2013 zu Händen des Stadtparlaments verabschiedet. Für die Einzelheiten wird auf den Bericht verwiesen.
- **Vergütung und Förderung der Stromspeisung – Postulat Silvia Ammann (SP)**, 18 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 01.12.2011. Im Postulat wird dem Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Förderung der Netzeinspeisung durch private Stromproduzenten zu erstatten. Gegen den von den Räten angenommenen Gesetzesvorschlag zur KEV-Revision wurde 2013 das Referendum ergriffen und die Unterschriftensammlung gestartet. Das Referendum kam in der Folge nicht zustande. Die revidierte KEV schafft Klarheit bezüglich der wichtigsten Förderinstrumente und der Bedingungen per 1. Januar 2014 zur Netzeinspeisung von erneuerbarer Energie. Mit dem angehobenen Kostendach für die KEV-Abgabe werden ab 2014 mehr Gelder zur Verfügung stehen und einen zunehmenden Abbau der Anlagen auf der KEV-Warteliste ermöglichen. Die KEV ist eine schweizweite Förderung erneuerbarer Energien und damit wettbewerbsneutral für alle Stromversorgenden. Somit sind die Rahmenbedingungen für die Einspeisevergütung und die Netzeinspeisung bei der TBW ausreichend geklärt. Der Bericht wird im ersten Halbjahr 2014 fertiggestellt.
- **Für einen zeitgemässen Immissionsschutz – Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen)**, fünf Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 25.04.2013. Im Vorstoss wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament einen Bericht über ein zeitgemässes Immissionsschutzreglement zu unterbreiten. Die Überarbeitung der kommunalen Lärmschutzverordnung aus dem Jahre 1974 ist im Gange. In diesem Zusammenhang wird auch geprüft, ob und wie die Anliegen des Postulanten in einem zeitgemässen Immissionsschutzreglement berücksichtigt werden können. Der Bericht und Antrag ist im ersten Halbjahr 2014 zu erwarten.
- **Corporate Governance bei städtischen Beteiligungen – Motion Norbert Hodel (FDP)**, 21 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 25.04.2013. In der Motion wird der Stadtrat beauftragt, dem Stadtparlament Bericht und Antrag vorzulegen für eine Beteiligungsstrategie und die Einführung von klaren Regelungen für die Public Corporate Governance. Der Stadtrat hat im vergangenen Jahr beim Institut für Systemisches Management und Public Governance (IMP-HSG) der Universität St.Gallen eine Verwaltungsanalyse in Auftrag gegeben. In einem ersten Schritt wird die oberste Führungsebene (Stadtrat und Departementssekretariate) analysiert – dies auch im Hinblick auf die Erarbeitung der definitiven Gemeindeordnung. In einem zweiten Schritt folgt die weitere Verwaltung. Im Rahmen dieser Verwaltungsanalyse wird auch ein Fokus auf das Thema Corporate Governance bei städtischen Beteiligungen gelegt. Voraussichtlich wird eine erste Beurteilung bereits im Bericht und Antrag betreffend Gemeindeordnung enthalten sein.
- **Neuorganisation der kommunalen Schulbehörde – Motion Adrian Bachmann (FDP)**, 15 Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt am 25.04.2013. In der Motion wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament über eine zeitgemässe Neuorganisation der kommunalen Schulbehörde, welche den geänderten Rahmenbedingungen in sachdienlicher Weise Rechnung trägt, Bericht und Antrag zu erstatten. Diesbezüglich wurde inzwischen ein Auftrag erteilt, und zwar an das Institut für Wirtschaftspädagogik der Universität St.Gallen. Auch hier besteht ein unmittelbarer Zusammenhang mit der definitiven Gemeindeordnung. Die beiden Institute der Universität St.Gallen stehen in Verbindung, womit eine Abstimmung der beiden Aufträge gewährleistet ist.
- **Strategie TBW – Postulat Mario Breu (FDP)**, sieben Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 23.05.2013. Das Postulat fordert den Stadtrat auf, dem Parlament anhand einer externen Analyse die Chancen und Ge-

fahren für die Technischen Betriebe Wil TBW im sich verändernden Marktumfeld aufzuzeigen und entsprechend notwendigen Massnahmen zu unterbreiten. Für die externe Analyse wurde bereits eine Honorarofferte mit Vorgehenskonzept und Kostenzusammenstellung eingeholt. Das Vorgehen wird dem Stadtrat im ersten Quartal 2014 zur Genehmigung unterbreitet. Der Schlussbericht «Strategie TBW» ist gemäss Vorschlag frühestens per Ende 2014 zu erwarten.

- **Separate Kunststoffsammlung – Motion Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil)**, fünf Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 23.05.2013. In der Motion wird der Stadtrat beauftragt, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Einführung einer Kunststoffsammlung zu unterbreiten. In Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Abfallverwertung Bazenhaid (ZAB) und dem Migros Genossenschaftsbund können in einem einjährigen Pilotversuch seit 1. Januar 2014 bei zwei Sammelstellen (Migros Wil und ARA Freudenu) Plastikflaschen aus dem Haushaltsbereich kostenlos abgegeben respektive retourniert werden. Die Auswertung des Pilotversuchs ist anfangs 2015 geplant. Anschliessend kann Bericht über das weitere Vorgehen erstattet werden.
- **Lichtkonzept für die Stadt Wil (Plan Lumière) – Motion Urs Etter (FDP)**, 19 Mitunterzeichnete, in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 26.09.2013. Im Vorstoss wird der Stadtrat beauftragt, dem Parlament einen Bericht zur Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Beleuchtung des öffentlichen Raumes («Lichtkonzept für die Stadt Wil») zu unterbreiten. Die Ausarbeitung eines solchen Gesamtkonzepts wurde noch nicht in Angriff genommen.

Weitere pendente Vorstösse: Insgesamt 5 parlamentarische Vorstösse – 0 Motionen, 0 Postulat, 4 Interpellationen, 0 Dringlich erklärte Interpellationen und 1 Anfrage – sind pendent (Stand 7. März 2014).

- **Anfrage Urs Etter (FDP):** Störende Emissionen auf Anwohner rund um den neuen Sportpark Bergholz; eingereicht am 27.01.2014
- **Interpellation Susanne Gähwiler (SP):** Kinder- und kundenfreundliche Bustarife in der Stadt Wil; eingereicht am 06.03.2014
- **Dringliche Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil):** Abschaffung Lokalzone; eingereicht am 06.03.2014
- **Interpellation Daniel Gerber (glp):** Öffentlicher Verkehr: «Lokalzone Wil» für alle EinwohnerInnen in der Stadt Wil!; eingereicht am 06.03.2014
- **Interpellation Norbert Hodel (FDP):** Thurvita AG; eingereicht am 06.03.2014

Erledigte Vorstösse: Von Mitte März 2013 bis 6. März 2014 haben Stadtrat und Stadtparlament 14 parlamentarischen Vorstösse – 3 Motionen, 2 Postulate und 9 Interpellationen – erledigt.

Antrag des Stadtrats:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Bericht über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse (Stand: 7. März 2014) Kenntnis genommen hat.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der Geschäftsprüfungskommission

Die siebenköpfige, ständige Geschäftsprüfungskommission GPK unter dem Vorsitz von **Daniel Gerber (glp)** hat den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse an einer Sitzung vorberaten. Eintreten ist obligatorisch. Seitens der vorberatenden Kommission wird kein eigener Antrag gestellt.

c) Detailberatung

Einleitend zeigte **GPK-Präsident Daniel Gerber** noch einmal kurz die Arbeit der Kommission auf. Dabei habe sie insbesondere feststellen können, dass es keine unbegründeten Verzögerungen bei der Bearbeitung der Vorstösse gegeben habe.

Eine Diskussion wurde nicht gewünscht.

d) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Bericht über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse (Stand: 7. März 2014) Kenntnis genommen hat.

Parlamentspräsidentin Silvia Ammann stellte dies fest.

1. Geschäftsbericht 2013 der Stadt Wil

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Der Geschäftsbericht der Stadt Wil enthält eine Vielzahl von Informationen, die in geraffter Form über das Geschehen im vergangenen Jahr orientieren. Der Bericht vermittelt einen Einblick in die vielschichtige Arbeit von Behörden, Kommissionen und Verwaltung der Stadt Wil.

Antrag des Stadtrats:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Geschäftsbericht des Stadtrats über das Amtsjahr 2013 Kenntnis genommen hat.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der Geschäftsprüfungskommission

Die siebenköpfige, ständige Geschäftsprüfungskommission GPK unter dem Vorsitz von **Daniel Gerber (glp)** hat das Geschäft an einer Sitzung vorberaten. Eintreten ist obligatorisch. Der erste Antrag der GPK ist identisch mit demjenigen des Stadtrates: Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Geschäftsbericht des Stadtrates

über das Amtsjahr 2013 Kenntnis genommen hat. Die GPK stellt zudem folgenden eigenen Antrag: Dem Stadtrat, den Behörden und den Mitarbeitenden der Verwaltung sei für die grosse Arbeit und die umsichtige Amtsführung Dank und Anerkennung auszusprechen.

c) Detailberatung

Einleitend dankte **GPK-Präsident Daniel Gerber** dem Stadtrat und allen Mitarbeitenden für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Sodann griff er kurz die neue Struktur des Geschäftsberichts auf. Nach einem einleitenden Bericht aus Sicht des Stimmvolkes sei auch dem Stadtparlament Platz eingeräumt worden, wie es in den vergangenen Jahren seitens der GPK gefordert worden sei. Auch die neue Gliederung anhand der sechs Handlungsfelder und der Legislaturziele des Stadtrats werde begrüsst – dies schaffe eine gute Übersicht, insbesondere mit dem Ampelsystem, welche einen klaren Überblick über den Bearbeitungsstand jedes Zieles ermögliche. Kritisch merkte Daniel Gerber an, dass im Geschäftsbericht leider «eine gewisse kritische Auseinandersetzung des Stadtrats mit seiner Tätigkeit im vergangenen Jahr fehle». Mit dem Ampelsystem werde ein erster Anfang in diese Richtung gemacht, die GPK hoffe aber, dass der Stadtrat hierbei künftig noch etwas weiter gehen werde und noch etwas genauer hinschaue. Der GPK sei zudem aufgefallen, dass dieser Geschäftsbericht – notabene der erste Bericht nach der Gemeindevereinigung – keine speziellen Hinweise und Verweise auf alte Strukturen der ehemaligen Stadt Wil oder der ehemaligen Gemeinde Bronschhofen enthält. Die GPK werte dies als gutes Zeichen, welches aufzeige, dass die Stadt Wil das erste, wichtige Jahr nach der Vereinigung gut gemeistert habe.

Auch **Sebastian Koller (GRÜNE prowil)** sprach dem Stadtrat und der ganzen Verwaltung seinen Dank aus für die geleistete Arbeit. Sodann begrüsst in Namen seiner Fraktion die neue Gliederung sowie den Umstand, dass dem Stadtparlament in diesem Geschäftsbericht explizit Platz eingeräumt worden sei – damit werde eine lange geäusserte Forderung des Stadtparlaments und seiner Fraktion erfüllt. Allenfalls könne diese Präsenz noch etwas ausgebaut werden – auf zwei statt nur einer Seite könne den parlamentarischen Geschäften das Gewicht gegeben werden, das ihnen auch zusteht. Hinsichtlich der selbstkritischen Haltung habe es indes auch mit dem neuen Geschäftsbericht keine Veränderung und damit auch keine Verbesserung ergeben. Wo gearbeitet wird, da gebe es auch Fehler – seine Fraktion erwarte aber, dass solche Fehler klarer und transparenter thematisiert, zumal aus Fehlern gelernt werden könne und müsse. Speziell ging Sebastian Koller sodann auf das Facility Management (Wechsel der Schulabwirtsmitarbeitenden vom Departement Bildung und Sport in das Departement Bau, Umwelt und Verkehr) sowie auf die Anstrengungen des Stadtrats im Bereich der Ökologie ein.

Die neue Form sei übersichtlich und gut leserlich, hielt **Erwin Schweizer (CVP)** namens seiner Fraktion fest. Die Auswahl der Themen nach den Handlungsfeldern mache Sinn und lasse in den kommenden Jahren auch einen Vergleich bezüglich Realisierung der Ziele zu. Zudem begrüsse es die CVP, dass dem Parlament in diesem Bericht Platz eingeräumt worden sei – dies sei eine angemessene Würdigung der parlamentarischen Arbeit. Abschliessend dankte Erwin Schweizer den Mitgliedern des Stadtrats sowie den Mitgliedern der städtischen Verwaltung für ihre Arbeit und ihren Einsatz im vergangenen Jahr.

Norbert Hodel (FDP) stellte Fragen zu einzelnen Punkten aus dem Geschäftsbericht. Insbesondere erkundigte er sich nach dem Legislaturziel 1.2 («Massgebliche Abläufe und Strukturen in der Verwaltung sind überprüft und dokumentiert, insbesondere auf Kundenfreundlichkeit/Kundenorientierung und Bürgernähe sowie auf Transparenz, kommunikative Offenheit, Integrationsbewusstsein und Nachhaltigkeit.»): Was habe der Stadtrat konkret getan, um die Kunden- und Bürgerfreundlichkeit sowie die Transparenz zu erhöhen? Ebenfalls erkundigte er sich nach dem Legislaturziel 6.2 («Das Verhältnis zu Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, ist geklärt (Corporate Governance). Ein spezielles Augenmerk liegt auf den neu gegründeten Gesellschaften WISPAG und Thurvita AG, damit diese sich erfolgreich positionieren können.»): Das in diesem Ziel genannte «Augenmerk» respektive die damit verbundenen Aktivitäten seien im Geschäftsbericht nicht ausgeführt. **Stadtpräsidentin Susanne**

Hartmann verwies darauf, dass in beiden Bereichen erste Massnahmen, sowohl bezüglich Corporate Governance als auch bezüglich vermehrter Kunden- und Bürgerfreundlichkeit sowie Transparenz umgesetzt worden seien – unter anderem mit der laufenden Verwaltungsanalyse folgen in einem zweiten Teil weitere Massnahmen. Auch **Stadträtin Marlis Angehrn** (Vorsteherin Departement Bildung und Sport) zeigte auf, dass als Massnahme beispielsweise im Bereich Facility Management eine Befragung von Benutzenden und Vereinen durchgeführt worden sei, die die Zufriedenheit der Nutzenden mit den Leistungen und Arbeiten der Hauswart-Mitarbeitenden erhoben habe. Die Ergebnisse hieraus geben Hinweise auf allfälliges Verbesserungspotenzial sowie auf Bereiche mit guten Leistungen und sollen als Basis für eine nochmalige Befragung zu einem späteren Zeitpunkt dienen. Sodann hielt sie grundsätzlich fest, dass sich die Legislaturziele auf eine Legislatur, also auf vier Jahre erstrecken – nun sei erst das erste Jahr abgelaufen, sodann naturgemäss noch nicht alle Legislaturziele bereits angegangen werden konnten.

d) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Geschäftsbericht des Stadtrats über das Amtsjahr 2013 Kenntnis genommen hat.

Parlamentspräsidentin Silvia Ammann stellte dies fest.

Die GPK unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

Dem Stadtrat, den Behörden und den Mitarbeitenden der Verwaltung sei für die grosse Arbeit und die umsichtige Amtsführung Dank und Anerkennung auszusprechen.

Der Antrag der GPK wurde mit 40 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

3. Jahresrechnung 2013 der Technischen Betriebe Wil

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Der Geschäftsabschluss 2013 der Technischen Betriebe Wil TBW ist über Erwarten positiv ausgefallen. Der Unternehmenserfolg liegt rund 2,35 Mio. Franken über Budget.

Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung): Zum positiven Rechnungsergebnis haben alle Geschäftsbereiche beigetragen. Der Gesamtumsatz beläuft sich für das Geschäftsjahr 2013 auf über 74 Mio. Franken. Die Energieumsätze für Elektrizität und Erdgas liegen über den Vorjahreswerten, was hauptsächlich auf die kältere Witterung und auf eine prosperierende Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Die Teilnehmerzahlen beim Kommunikationsnetz, speziell im Bereich Internet und Telefonie, konnten trotz der starken Konkurrenz weiter gesteigert werden. Der Stromverkauf verzeichnete eine Zunahme von 8,2% auf 133.9 GWh. Der Erdgasverkauf erhöhte sich um 6,6% auf 422.9 GWh. Die Kundenzahl beim Kommunikationsnetz stagnierte erstmalig, die Kundenzahl beträgt 40'732. Beim Internet via Kabelnetz konnte die Kundenzahl um 7,0% auf 13'675 Verträge gesteigert werden. Die abonnierten Zusatzpakete beim Digital-TV erhöhten sich auf 3'058 Stück (Vorjahr: 2'973). Im Bereich Telefo-

nie konnten 911 neue Verträge abgeschlossen werden; damit bestehen per Ende Jahr 6'337 Verträge. Der Wasserverkauf betrug 1,56 Mio. m³ Frischwasser.

Die TBW schliessen nach Berücksichtigung der Abgaben an die Stadt mit einem Überschuss von 3,385 Mio. Franken ab. Die einzelnen Geschäftsbereiche tragen im Einzelnen wie folgt zum ausgewiesenen Rechnungsüberschuss bei: Elektrizitätsversorgung (EV) Fr. 535'970.50; Kommunikationsnetz (KN) Fr. 777'877.26; Erdgasversorgung (GV) Fr. 1'249'410.72; Wasserversorgung (WV) Fr. 821'624.51

Investitionsrechnung: Das Nettoinvestitionsvolumen 2013 beträgt 7,788 Mio. Franken (Vorjahr: Fr. 8,712 Mio.) und verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Geschäftsfelder: Elektrizitätsversorgung Fr. 2,262 Mio.; Kommunikationsnetz Fr. 3,112 Mio.; Erdgasversorgung Fr. 1,370 Mio.; Wasserversorgung Fr. 1,185 Mio. Das Verwaltungsvermögen erhöht sich damit per 31. Dezember 2013 ohne zusätzliche Abschreibungen von 27,511 Mio. auf 27,651 Mio. Franken.

Bestandesrechnung TBW (Bilanz): In der Bilanzsumme per 1. Januar 2013 sind die Übernahme-Bilanzwerte der Dorfkorporation Rossrüti eingeflossen. Die Bilanzsumme der TBW hat sich gegenüber dem Vorjahr um lediglich 0,7 Mio. Franken erhöht. Die Arbeitspreisreserve (APR) bei der Erdgas Ostschweiz beträgt Fr. 4'928'911.06 und beinhaltet die rechtlich bestrittene Forderungen für den ökologischen Mehrwert beim Biogas ab 1. Juli 2013 von gesamthaft Fr. 1'280'724.20. Ohne diese Belastung resultierte ein Betrag von Fr. 6'209'185.26. Das Finanzierungsverhältnis kann mit einer Eigenkapitalquote von knapp 55 Prozent als gut eingestuft werden.

Gewinnverwendung: Die Abgaben an die Stadt berechnen sich nach dem vom Stadtparlament am 6. November 2003 genehmigten Abgabenmodell. Der Substanzwert wird mit 5% verzinst und vom Reingewinn werden 15% abgeliefert. Unter Berücksichtigung eines zusätzlichen Sockelbeitrags von Fr. 1 Mio. ergibt sich eine gesamthafte Abgabe von total Fr. 4'418'000.-- (EV: Fr. 1'317'000.--, KN: Fr. 1'569'000.--, GV: Fr. 1'532'000.--). Für die Wasserversorgung ist keine Abgabe zu entrichten. Der Stadtrat beantragt, den Rechnungsüberschuss der TBW von insgesamt Fr. 3,385 Mio. für zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen der TBW zu verwenden. Damit können die Buchwerte der TBW angemessen reduziert werden.

Verschuldung: Die Finanzlage der TBW zeigt auf, dass dem Eigenkapital (inkl. Rechnungsüberschuss 2013) von Fr. 29,032 Mio. ein noch abzuschreibender Buchwert des Verwaltungsvermögens per Ende 2013 von Fr. 27,511 Mio. gegenübersteht. Damit liegt erfreulicherweise erstmals seit mehreren Jahren keine Verschuldung mehr vor.

Anträge des Stadtrats:

1. Die Jahresrechnung 2013 der TBW sei zu genehmigen.
2. Die Abgaben an die Stadt im Betrage von Fr. 4'418'000 (inkl. Sockelbeitrag) seien zu genehmigen.
3. Der Rechnungsüberschuss der TBW von Fr. 3'384'882.99 sei für zusätzliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen der TBW zu verwenden.
4. Es sei festzustellen, dass die Beschlüsse Ziffern 1 bis 3 gemäss Art. 9 lit. g vorläufige Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum unterstehen.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der Geschäftsprüfungskommission

Die siebenköpfige, ständige Geschäftsprüfungskommission GPK unter dem Vorsitz von **Daniel Gerber (gIp)** hat das Geschäft an einer Sitzung vorberaten. Eintreten ist obligatorisch. Die Prüfung der Jahresrechnung der Tech-

nischen Betriebe Wil erfolgte in Zusammenarbeit mit der Revisionsgesellschaft BDO AG St. Gallen. Dabei wurde festgestellt, dass die Rechnung der Technischen Betriebe Wil mit der Buchhaltung übereinstimmen, die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist und bei der Darstellung der Vermögenslage die im Gemeindegesetz und in der Haushaltverordnung festgehaltenen Grundsätze beachtet werden. Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt.

c) Detailberatung

GPK-Präsident Daniel Gerber hielt fest, dass der Abschluss 2013 der TBW wiederum sehr erfreulich und besser als budgetiert ausgefallen sei. Sodann nannte er einige Punkte, die die GPK bei der Prüfung der TBW-Rechnung insbesondere angeschaut habe – einerseits der Fall Biorender, der weiterhin genau beobachtet werden solle, andererseits die Arbeitspreisreserve APR im Gasbereich sowie nicht zuletzt die Abschreibung der Erdgas Ostschweiz-Beteiligung, die in der Rechnung nicht weiter ausgeführt und detaillierter kommentiert werde. Hier würde, so Daniel Gerber, ein etwas ausführlicher Kommentar Fragen bereits im Voraus klären.

Stadtrat Daniel Meili (Vorsteher Departement Versorgung und Sicherheit) zeigte kurz auf, welche Faktoren zu diesem über Budget liegenden Abschluss beigetragen haben. Dabei erwähnte er insbesondere den kalten Winter 2013, welcher sich im Gasbezug niedergeschlagen habe. Hierbei stellte er auch eine Senkung des Gaspreises, rückwirkend per **1. April 2014** [statt 1. Januar 2014], in Aussicht – man werde im Rahmen des Infobulletins wil.aktuell noch informieren.

Er danke allen Mitarbeitenden der TBW, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben, **Sebastian Koller (GRÜNE prowil)**. Sodann kritisierte er die ausserordentliche Abschreibung der EGO-Beteiligung auf 0 respektive die daraus resultierende um rund 86'000 Franken tiefere Abgabe an die Stadt Wil: Diese Abschreibung einer an sich werthaltigen Aktie sei nicht zwingend und nicht begründet, zudem werde der Vorgang in der Rechnung zu wenig transparent dargestellt. Auch bei der Verbuchung der Subventionszahlungen an die Biorender AG fehle es an Transparenz – entgegen eines vor Jahresfrist erteilten, expliziten Auftrags des Parlaments an Stadtrat Daniel Meili. Zusammenfassend hielt Sebastian Koller fest, dass seine Fraktion angesichts dieser Punkte eigentlich eine Ablehnung der TBW-Rechnung und eine Korrektur der offenen Punkte beantragen müsste – man mache dies indes nicht, hoffe aber dabei, dass die Botschaft bei den TBW und bei Stadtrat Daniel Meili angekommen sei. **Stadtpäsidentin Susanne Hartmann** führte aus, dass der Stadtrat Kenntnis gehabt habe von der Abschreibung der EGO-Aktien respektive der damit verbundenen stillen Reserve und dies auch intensiv diskutiert habe. Natürlich wäre diese zusätzliche Abgabe an die Stadt in der Höhe von rund 110'000 Franken willkommen und angenehm gewesen für die Stadtkasse – man wolle aber kein falsches Signal setzen und die TBW quasi «als Milchkuh» missbrauchen. Der Stadtrat strebe eine nachhaltige Lösung an, und es werde wohl so sein, dass man das Abgabemodell der TBW an die Stadt im Rahmen des Projektes «Effizienz+» grundsätzlich überprüfen werde.

Franz Mächler (glp) dankte allen, die zum guten TBW-Ergebnissen beigetragen haben. Man sei sehr froh, dass die TBW Abgaben an die Stadt Wil leiste und begrüsse diese Abgaben sozusagen als «ökologischen Beitrag» – es wäre hierbei wünschenswert und wichtig, dass man diese Beiträge auch in die Weiterpflege und für die Weiterentwicklung des Energiesektors einsetzen könnte.

Die FDP-Fraktion nehme das gute Ergebnis der TBW «wohlwollend» zur Kenntnis, so **Marc Flückiger (FDP)**. Sodann verwies er darauf, dass der Sockelbeitrag der TBW an die Stadt nicht als selbstverständlich wahrgenommen werden dürfen – man dürfe sich nicht zu fest darauf verlassen, dass immer so viele Gelder von der TBW kommen. Mehr Gelder von den TBW zu verlangen, um die Löcher zu stopfen – diese Idee habe er verschiedentlich gehört. Hiervon rate die FDP aber ab: Eine solche Massnahme würde die Probleme nicht lösen, sondern sie nur auf die lange Bank schieben. Sodann verwies Marc Flückiger auf den Bereich Kommunikation:

Hier können sich infolge geänderter Marktverhältnisse sehr schnell eine wirtschaftliche Veränderung ergeben. Die von den TBW und dem Stadtrat mit dem Bericht «Erneuerung Kommunikationsnetz» an den Tag gelegte Weitsicht in diesem Bereich sei wichtig. Sodann machte er beliebt, sich darum zu bemühen, die Dorfkorporation Bronschhofen ins bestehende Gebilde einzubinden. Hier gelte es allseits, miteinander konstruktive und für alle annehmbare Lösungen zu suchen.

Die CVP-Fraktion zeigte sich hoch erfreut über den sehr guten Abschluss der TBW, und dies in allen vier Sparten. Dank der Abgaben der TBW an die Stadt habe sich das städtische Rechnungsergebnis «merklich verschönert»: Die TBW-Abgaben machen fast neun Steuerprozenten aus, dem müsse man sich bewusst sein. Die Abschreibung der EGO-Aktien auf 0 könne angesichts des Rechnungsergebnisses toleriert werden – die CVP könne aber die Vorwürfe der Intransparenz nachvollziehen, so **Erwin Schweizer (CVP)**.

Arber Bulakaj (SP) dankte namens seiner Fraktion allen Mitarbeitenden der TBW für ihren Einsatz, der zum guten Abschluss beigetragen habe. Kritisch beleuchtete er gewisse Intransparenzen bezüglich verschiedener, im vergangenen Jahr getätigter Direktabschreibungen – damit seien stille Reserven angelegt worden, was einen Einfluss auf den Abschluss der TBW und damit auch auf die Abgaben an die Stadt Wil habe. Hierbei würde sich die SP etwas mehr Transparenz wünschen, allenfalls in einem Abschreibungsreglement. **Stadtrat Daniel Meili** zeigte auf, dass mit diesen Direktabschreibungen der Stadt nichts weggenommen werde: Die Abgaben an die Stadt fielen dadurch in diesem Jahr wohl etwas tiefer aus, dafür seien die Abgaben dann in den kommenden Jahren grösser, da die besagten Abschreibungen einfach vorgezogen worden seien.

d) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgende Anträge:

1. Die Jahresrechnung 2013 der Technischen Betriebe Wil TBW sei zu genehmigen.
Der Antrag des Stadtrats wurde mit 39 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.
2. Die Abgaben an die Stadt im Betrage von Fr. 4'418'000 (inkl. Sockelbeitrag) seien zu genehmigen.
Der Antrag des Stadtrats wurde mit 38 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.
3. Der Rechnungsüberschuss der TBW von Fr. 3'384'882.99 sei für zusätzliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen der TBW zu verwenden.
Der Antrag des Stadtrats wurde mit 39 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.
4. Es sei festzustellen, dass die Beschlüsse Ziffern 1 bis 3 gemäss Art. 9 lit. g vorläufige Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum unterstehen.
Parlamentspräsidentin Silvia Ammann stellte dies fest.

4. Jahresrechnung 2013 der Stadt Wil

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Die erste Rechnung der vereinigten Stadt Wil schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 1,277 Mio. ab. Das Budget 2013, welches aus den Zahlen der ehemaligen Gemeinden Wil und Bronschhofen erstellt wurde, rechnete bei einem Steuerfuss von 124% mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 0,927 Millionen. Es resultiert eine Schlechterstellung um Fr. 0,350 Millionen. Der Ausgabenüberschuss wird dem Eigenkapital belastet. Das freie Eigenkapital reduziert sich damit auf Fr. 19,871 Millionen.

Erfolgsrechnung: Die Erfolgsrechnung schliesst bei Ausgaben von Fr. 132'196'512.02 und Einnahmen von Fr. 130'919'443.80 mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 1'277'068.22 ab. Gegenüber dem budgetierten Aufwandüberschuss von Fr. 927'100.-- ergibt dies eine Schlechterstellung um Fr. 349'968.22 respektive eine Abweichung von 0,26% vom Gesamtumsatz. Die wesentlichen ergebniswirksamen Abweichungen gegenüber dem Budget 2013 (ohne interne Verrechnungen und Spezialfinanzierungen) liegen in folgenden Positionen: Mehraufwände ergaben sich bei der Pflegefinanzierung (Fr. 1'286'000 und bei der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe (Fr. 1'076'000). Mindereinnahmen waren bei den allgemeinen Steuern (Fr. 2'434'000) und bei den Sondersteuern (Fr. 757'000) zu verzeichnen. Mehreinnahmen ergaben sich bei den Anteilen an Kantonseinnahmen (Steueranteile; Fr. 1'203'000), bei den Ertragsanteilen (Abgaben Tech. Betriebe Wil; Fr. 682'000) und beim Finanzvermögen (Gewinne aus Liegenschaftsverkäufen; Fr. 2'448'000).

Bei der Gegenüberstellung von Budget und Rechnung bei den Sachgruppen (Artengliederung) resultieren insbesondere Minderaufwendungen beim Personalaufwand von Fr. 1,088 Mio. und Fr. 0,314 Mio. beim Sachaufwand. Demgegenüber wurden die Entgelte für Dienstleistungen und Amtshandlungen um rund Fr. 0,8 Mio. zu hoch budgetiert. Die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen haben sich sowohl bei den Steuern des laufenden Jahres als auch bei den Nachzahlungen deutlich unter den Erwartungen entwickelt. Die einfache Steuer des laufenden Jahres lag mit Fr. 45,832 Mio. um Fr. 1,674 Mio. unter dem Budget von Fr. 47,506 Mio. und gar um Fr. 0,404 Mio. unter der einfachen Steuer des Vorjahres. Auch die budgetierten Nachzahlungen von Fr. 4,050 Mio. wurden mit Fr. 3,190 Mio. um Fr. 0,860 Mio. unterschritten. Diese doch unerfreuliche Entwicklung wird im Zusammenhang mit dem Budget 2015 vertieft analysiert. Erfreulicherweise haben sich die Steuern der juristischen Personen mit Fr. 7,986 Mio. um Fr. 0,536 Mio. und die Grundstückgewinnsteuern mit Fr. 2,546 Mio. um Fr. 0,946 Mio. besser entwickelt als erwartet. Im Gegenzug sind die Handänderungssteuern mit Fr. 2,399 Mio. um Fr. 0,601 Mio. tiefer ausgefallen als budgetiert.

Abgesehen von den bereits erwähnten, mehrheitlich exogen beeinflussten Abweichungen, haben sich die weiteren Einnahmen und Ausgaben erfreulicherweise nach den aus dem Vereinigungsprozess resultierenden Budgetvorgaben entwickelt. Verschiedene Wertberichtigungen von Aktiven und Passiven infolge der Gemeindevereinigung und der Umsetzung des neuen Rechnungsmodells konnten ohne wesentlichen Einfluss auf das Rechnungsergebnis vorgenommen werden. Wesentliche Veränderungen in der heute vorliegenden Rechnungslegung der Stadt Wil als Pilotgemeinde werden im Zusammenhang mit der definitiven Umsetzung von HRM2 im Kanton St.Gallen nicht erwartet. Die nun vorliegende Erfolgsrechnung 2013 kann also als fundierte Ausgangslage für den Budgetprozess 2015 herangezogen werden.

Investitionsrechnung: Die Investitionsrechnung 2013 weist bei Ausgaben von Fr. 45'510'955.40 und Einnahmen von Fr. 128'412.60 Nettoinvestitionen von Fr. 45'382'542.80 aus. Das Budget 2013 rechnete mit Nettoinvestitionen von Fr. 46'543'000.--. Der Realisierungsgrad beträgt damit 97,5%.

Bilanz: Die Bilanzsumme erhöhte sich von Fr. 192,721 Mio. um Fr. 40,456 Mio. auf neu Fr. 233,177 Millionen. Davon entfallen Fr. 100,983 Mio. (+ Fr. 2,158 Mio.) auf das Finanzvermögen und Fr. 132,194 Mio. (+ Fr. 38,298 Mio.) auf das Verwaltungsvermögen. Das Fremdkapital erhöhte sich von Fr. 148,108 Mio. um Fr. 39,788 Mio. auf Fr. 187,896 Millionen. Das gesamte Eigenkapital inkl. Spezialfinanzierungen und Fonds stieg von Fr. 44,613 Mio. auf Fr. 45,281 Millionen. Der Anstieg um Fr. 0,668 Mio. setzt sich aus den Einlagen in die Spezialfinanzierungen (Fr. 0,999 Mio.) und Fonds (Fr. 0,946 Mio.) sowie einem Bezug von Fr. 1,277 Mio. aus dem «freien» Eigenkapital zusammen. Das «freie» Eigenkapital reduzierte sich von Fr. 21,148 Mio. auf Fr. 19,871 Millionen.

Anträge des Stadtrats:

1. Die Jahresrechnung 2013 der Stadt Wil sei zu genehmigen.
2. Es sei festzustellen, dass die Beschlüsse Ziffern 1 bis 3 gemäss Art. 9 lit. g vorläufige Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum unterstehen.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der Geschäftsprüfungskommission

Die siebenköpfige, ständige Geschäftsprüfungskommission GPK unter dem Vorsitz von **Daniel Gerber (glp)** hat das Geschäft an einer Sitzung vorberaten. Eintreten ist obligatorisch. Die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Wil erfolgte in Zusammenarbeit mit der Revisionsgesellschaft BDO AG St. Gallen. Dabei wurde festgestellt, dass die Jahresrechnung des allgemeinen Gemeindehaushaltes mit der Buchhaltung übereinstimmen, die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist und bei der Darstellung der Vermögenslage die im Gemeindegesetz und in der Haushaltverordnung festgehaltenen Grundsätze beachtet werden. Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt, die GPK unterstützt die beiden stadträtlichen Anträge.

c) Detailberatung

Einleitend zeigte **GPK-Präsident Daniel Gerber** kurz die Arbeit der GPK auf, welche die Jahresrechnung 2013 – notabene die erste Rechnung der vereinigten Stadt Wil sowie die erste Rechnung nach HRM2 – der Stadt Wil an insgesamt sieben Sitzungen geprüft hat. Unter anderem wurden dabei die nicht budgetierten Ausgaben ebenso geprüft wie auch Fondseinlagen, die Integration der Mitarbeitenden im Bereich Facility Management, die aufgelaufenen Ferienguthaben der Mitarbeitenden, die Abgangsentschädigung der ehemaligen Schulratspräsidentin von Bronschhofen oder die Vertragsverhandlungen mit der Mädchensekundarschule St.Katharina. Mit einer Abweichung zwischen Voranschlag und Rechnung 2013 von 0,26 Prozent könne von einer «Punktlandung» gesprochen werden, wobei verschiedene grössere Mehraufwände sowie Minder- und Mehreinnahmen zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Die GPK sei sodann der Meinung, dass die Erkenntnisse aus dem Abschluss 2013 – insbesondere die Steuerergebnisse sowie die Entwicklung der Verschuldung – im Budgetprozess 2015 unbedingt zu beachten seien.

Stadtpräsidentin Susanne Hartmann hielt fest, dass es bei der Erstellung des Voranschlages 2013 für den damals zuständigen Konstituierungsrat nicht sehr einfach gewesen sei, die vormals getrennten Budgets von Wil und Bronschhofen zu einem einzigen Voranschlag zusammenzuführen. Vor diesem Hintergrund sei die Jahresrechnung 2013 als erste Rechnung der Stadt Wil nach der Vereinigung eine besondere Rechnung. Damit liege nun erstmals eine gesicherte Grundlage vor; es sei erfreulich, dass dabei keine grösseren Überraschungen oder Unsicherheiten zu Tage getreten seien. Eigen Augenmerk gelte es auf die Steuereinnahmen zu richten – hier gebe es in den einzelnen Bereichen teils recht hohe Lücken. Diese Punkte seien aufmerksam zu beobachten; aktuelle Zahlen würden diesbezüglich ein positives Signal setzen.

Im Rahmen der Budgetdebatte seien die Aussichten auf den Rechnungsabschluss 2013 noch eher trübe und pessimistisch gewesen – nun sei das Ergebnis nicht gar so schlecht ausgefallen, so **Mark Zahner (SP)** namens seiner Fraktion. Der Stadtrat und die Verwaltung haben offensichtlich gute Arbeit geleistet. Insbesondere stimme der Umstand zuversichtlich, dass die Ausgaben in den Bereichen Sach- und Personalaufwand unter Budget liegen – dies zeuge von hohem Budgetbewusstsein und umsichtigem Handeln der Behörden und der Verwaltung. Zusammenfassend könne festgehalten werden, dass die erste Rechnung der vereinigten Stadt Wil überraschend nahe und erfreuliche präzise beim Voranschlag liege, der ja infolge der Gemeindevereinigung und der Umstellung auf HRM2 ja nicht sehr einfach gewesen sei. Die SP spreche daher dem Stadtrat und der Verwaltung, insbesondere dem Finanzverwalter Reto Stuppan und seinem Team, ihren Dank aus.

Erwin Schweizer (CVP) schloss sich diesem Dank an. Sodann verwies er unter anderem auf die sinkenden Steuereinnahmen trotz Bevölkerungswachstum – diese Entwicklung gebe Anlass zur Sorge und sei aufmerksam zu verfolgen.

Die Stadt Wil sei «mit einem blauen Auge» davongekommen – die Rechnung sei nicht so schlecht respektive das Defizit nicht so tief ausgefallen, wie man teils hätte befürchten können, so **Sebastian Koller (GRÜNE prowil)**. Kritik übte er an der Kommentierung – diese sei auch in diesem Jahr wieder unbefriedigend und oftmals zu knapp ausgefallen. Sodann sei seine Fraktion gespannt auf Ergebnisse und Wirkungen des Projektes «Effizienz+», welche sich in Voranschlag und Rechnung niederschlagen werden.

Ursula Egli (SVP) zeigte sich namens ihrer Fraktion «mehrheitlich zufrieden» mit dem Ergebnis, zumal die Stadt bei verschiedenen Mehraufwänden sowie Minder- und Mehreinnahmen nur marginal direkten Einfluss habe ausüben können. Zwei Punkte bereiten der SVP mit Blick auf den Voranschlag 2015 aber Sorgen: Einerseits die teils geringe Budgetgenauigkeit im Departement Soziales, Jugend und Alter SJA sowie andererseits die sinkenden Steuererträge bei den natürlichen Personen. Hierbei wünsche man sich vom Stadtrat Erläuterungen dazu, was man auch mit langfristiger Perspektive in diesem Bereich unternehmen wolle. Bezüge aus dem Eigenkapital oder das Abstützen auf die Abgaben der TBW seien langfristig keine Lösung; die SVP erwarte, dass im kommenden Voranschlag insbesondere auch die Fusionsgewinne klar sichtbar werden. Nichts desto trotz wolle man dem Stadtrat und der ganzen Verwaltung ihren Dank aussprechen für die Leistungen im vergangenen Jahr und die Bemühungen im finanziellen Bereich.

Namens ihrer Fraktion forderte auch **Erika Häusermann (glp)**, dass im kommenden Voranschlag die in Aussicht gestellten Fusionsgewinne sichtbar und wirksam werden. Auch die Ergebnisse aus dem Projekt «Effizienz+» zur Beseitigung des strukturellen Defizits sollen dann sichtbar werden, wobei die in Aussicht gestellten Entlastungsmassnahmen in der Grössenordnung von 5 bis 6 Millionen Franken ein ehrgeiziges Ziel seien. Dabei sei es «zwingend nötig», dass auch das Parlament zum gesamten Entlastungsprogramm und zu allen Massnahmen Stellung nehmen könne, und zwar bevor sie budgetwirksam werden – nur so könne das Projekt zu einem positiven Ergebnis kommen

Das Jahr 2013 sei nicht zuletzt infolge der Gemeindevereinigung ein «Übergangsjahr» gewesen, so **Mario Breu (FDP)**: Mit der Gemeindevereinigung sei vieles im Umbruch gewesen. Dabei sei es dem Stadtrat in neuer Zusammensetzung zusammen mit der Verwaltung gelungen, diese Herausforderungen vor dem Hintergrund der grossen Veränderungen zu meistern. Nun gelte es prioritär, den Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen, sowohl mit der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung der Stadt Wil als auch mit den Auswirkungen und Fusionsgewinnen aus der Gemeindevereinigung. Dieses Synergiepotenzial sei nachhaltig auszunutzen, um das strukturelle Defizit zu beseitigen. Gelingt dies nicht, so sei das über lange Jahre aufgebaute Eigenkapital von jetzt noch rund 20 Millionen Franken leider innert kurzer Zeit aufgebraucht.

Stadtpräsidentin Susanne Hartmann anerkannte ein Verbesserungspotenzial bei den Kommentaren zur Jahresrechnung – hier seien auch kantonale Richtlinien im Zusammenhang mit der definitiven Einführung von HRM2 zu erwarten. Bezüglich Steuereinnahmen könne der Stadtrat nur marginal einwirken. Klar sei, dass die gute Infrastruktur und das vielfältige Angebot der Stadt Wil ebenso relevant seien wie das Angebot an Wohnraum. Geplante Projekte und Arealentwicklungen würden hier aber positive Signale geben.

In der abschliessenden kapitelweisen Beratung der Jahresrechnung 2013 der Stadt Wil gab es keine Wortmeldungen.

e) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgende Anträge:

1. Die Jahresrechnung 2013 der Stadt Wil sei zu genehmigen.

Der Antrag des Stadtrats wurde mit 43 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

2. Es sei festzustellen, dass die Beschlüsse Ziffern 1 bis 3 gemäss Art. 9 lit. g vorläufige Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum unterstehen.

Parlamentspräsidentin Silvia Ammann stellte dies fest.

5. Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil): Abschaffung Lokalzone

Vorbemerkungen: Die Stadt Wil hat in den letzten Jahren das Angebot auf dem Stadtbusnetz stetig ausgebaut. 2009 wurde der 15-Minuten-Takt flächendeckend eingeführt. 2013 wurde das Bussystem dem vereinigten Gemeindegebiet angepasst, das Abendtaxi erweitert und auf der Strecke Wilen–Neugruben ein erstes lokales Sonntagsangebot eingeführt. Insgesamt wendet die Stadt Wil gemäss Budget 2014 rund Fr. 2,9 Mio. für den Regionalverkehr und Fr. 1,4 Mio. für den Stadtbus auf. Ein Hauptmerkmal des Wiler Stadtbusnetzes ist, dass es flächenmässig klein ist und potentielle öV-Kundinnen und Kunden schnell dazu neigen, zu Fuss zu gehen, wenn das Angebot nicht optimiert ist. Die Optimierung betrifft die Taktichte (mit dem 15'-Takt gut erfüllt), die Anschlussqualität an das übergeordnete Netz (unterschiedlich, da kein sauberer Takt auf dem SBB-Netz), die Netzabdeckung (gut erfüllt, mit einigen wenigen Ausnahmen), das Angebot zu Randzeiten (eher knapp genügend, vor allem am Sonntag) sowie den Preis (knapp genügend, Kindertarife werden als hoch beurteilt). Zudem hat der Stadtrat 2011 in einem ersten Schritt die Parkgebühren erhöht, eine weitere Anpassung der Parkierungstarife soll geprüft werden. Vom Grundsatz soll die «gleiche Länge der Spiesse» zwischen öV und MIV angestrebt werden, da dies eines der Entscheidungselemente ist, ob nun der Bus oder der private PW benutzt wird. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass der Weg der Verlagerung des Verkehrs auf den öV durchaus beschwerlich ist. Erst 2013 wurde das mit der Anpassung 2009 angestrebte Ziel von einer Million Fahrgästen pro Jahr überschritten.

Es beweist, dass die Verkehrspolitik der Stadt Wil in Bezug auf den Stadtbus sich in diesem Zeitraum auf dem richtigen Weg befunden hat. Der Entscheid des Tarifverbundrats, die Lokalzonen abzuschaffen, läuft diesen Bemühungen diametral zuwider und torpediert die Verkehrspolitik der betroffenen Städte wie Wil, St.Gallen, Buchs, aber auch weiterer Gegenden, wo für dieselbe Leistung zwei Zonen mehr bezahlt werden müssen.

a) Zusammenfassung der Interpellation

Guido Wick (GRÜNE prowil) hat am 6. März 2014 mit vier Mitunterzeichneten eine Interpellation mit der Überschrift «Abschaffung Lokalzone» eingereicht, in der er zu sechs Fragen eine Antwort des Stadtrats erwartet. Das Präsidium hat an seiner Sitzung vom 2. April 2014 die Interpellation als nicht dringlich erklärt.

b) Antwort des Stadtrats

Auswirkung Abschaffung Lokalzonen, Interventionen der Städte St.Gallen und Wil: Die Kantonsregierungen haben dem Tarifverbundrat den Auftrag erteilt, pro Jahr rund 6 Millionen Franken zu Lasten des öV zu sparen respektive dort Mehreinnahmen zu erzielen. In der Folge wurde die Abschaffung der Lokalzone auf das Jahr 2016 beschlossen. In Wil verteuert sich dadurch ein Einzelbillet eines Erwachsenen von Fr. 2.30 auf Fr. 3.10 (+35 Prozent). Es muss befürchtet werden, dass dadurch Personen zurück zum MIV wechseln. Die Stossrichtung der Tarifierhöhung der verantwortlichen Kantonsregierungen ist vor diesem Hintergrund unverständlich. Die betroffenen Städte wehrten sich vehement, ohne Gehör zu finden. Analog zur Stadt St.Gallen hat der Stadtrat Wil Ende Januar 2014 dem St.Galler Regierungsrat in einem Schreiben mitgeteilt, dass eine solche Preiserhöhung für die Stadt Wil nicht akzeptabel ist und er erwartet, dass der Tarifverbundrat Alternativen zur Aufhebung der Lokalzonen prüft. Der Stadtrat ist bereit, mit anderen Gemeinden gegen die Aufhebung zu kämpfen; es fanden bereits diverse Kontakte statt. Werden zusätzliche Fachkenntnisse oder Kommunikationskonzepte benötigt, so ist der Stadtrat bereit, externe Fachleute beizuziehen. Sodann hat der Stadtrat die Wiler Kantonsratsmitglieder über den einseitigen Entscheid in Kenntnis gesetzt und mit ihnen das weitere Vorgehen abgestimmt.

Mögliche Kostenfolgen für die Stadt Wil: Diese «Sparmassnahme» des Kantons würde zu Ausgaben in der Stadt Wil führen. Wollte die Stadt dieselben Tarife wie heute beibehalten, so müssten insgesamt nach einer Schätzung der Geschäftsstelle Ostwind dafür rund 200'000 Franken aufgewendet werden, wobei auch die übrigen Gemeinden der Tarifzone (Rickenbach und Wilen) zustimmen müssten. Damit würden die Kosten für Wil netto etwa 170'000 Franken betragen. Es ist aber auch festzuhalten, dass durch die Übernahme des Ortsverkehrs durch den Kanton auf 2016 für die Stadt Wil eine Kostenreduktion von 560'000 Franken anfällt.

Alternative aus Wiler Sicht: Als Varianten zur Abschaffung der Lokalzonen, so der Regierungsrat, müssten die Einnahmeausfälle direkt durch den Verursacher übernommen oder die Tarife der anderen 95 Zonen auf das Niveau der Lokalzonen gesenkt werden, was aber zu Einnahmeausfällen von mehreren Millionen Franken führen würde. Er hält noch einmal fest, dass die gewählte Variante aus seiner Sicht als die klar beste Lösung betrachtet werde. Demgegenüber wäre aus Sicht der betroffenen Städte als einfachste Lösung zu prüfen, alle Tarife prozentual anzuheben. Es ist in der aktuellen Beurteilung des Stadtrats davon auszugehen, dass der Regierungsrat dazu jedoch nur aufgrund des grösseren politischen Drucks bereit sein dürfte.

c) Stellungnahme des Interpellanten

Guido Wick (GRÜNE prowil) hielt fest, dass neben anderen Faktoren auch ein gutes öV-Netz mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis zu den Vorzügen der Stadt Wil gehöre – und genau darauf beziehe sich sein Vorstoss. Sei nämlich das öV-Angebot nicht gut, so würden viele Busfahrende vom öV abweichen und wieder auf das Auto umsteigen. Die «Sparmassnahme» des Kantons wirke sich leider negativ auf die öV-Attraktivität in der Stadt Wil aus – es handle sich dabei nämlich nicht um eine wirkliche Sparmassnahme, der Kanton überwälze damit einfach einmal mehr Kosten auf die Gemeinden. Um das Bus-Angebot in Wil trotz dieses kantonalen Vorgehens auf dem heutigen Niveau beizubehalten, so müsse die Stadt Wil einen Beitrag leisten. Hier erwarte die

Fraktion GRÜNE prowil, dass die Stadt entsprechend aktiv werde, um das Bus-Angebot in der Stadt Wil attraktiv zu erhalten respektive die Attraktivität weiter zu steigern – auch vor dem Hintergrund der Legislaturplanung und dem darin enthaltenen Handlungsfeld 4: «Wil geht einen beharrlich ökologischen Weg – bei allen Entscheidungen in Bezug auf Projekte sowie auch im Alltag.»

Stadtrat Marcus Zunzer (Vorsteher Departement Bau, Umwelt und Verkehr) betonte, dass der Stadtrat das Ziel der «gleich langen Spiesse» für den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Privatverkehr anstrebe. Sodann zeigte er auf, dass dieses Ziel der Stadt dadurch torpediert werde, dass der Kanton im Bereich Bus Mehreinnahmen generieren wolle und sich diese Massnahmen auf einen speziellen Nutzendenbereich, nämlich die Bussnutzenden in den Lokalzonen respektive in den Städten, auswirke. In diesem Sinne sei die Massnahme des Kantons für die Stadt Wil eine schlechte Massnahme. Gleich lange Spiesse zu erreichen würde unter anderem heissen, die Parkgebühren in der Stadt Wil angelehnt an die Bustarife anzuheben, um die Attraktivität des Busangebots halten zu können.

Abschliessend hielt der **Interpellant Guido Wick** fest, dass er mit der Beantwortung des Stadtrats «teilweise zufrieden» sei.

6. Interpellation Daniel Gerber (glp): Öffentlicher Verkehr – «Lokalzone Wil» für alle EinwohnerInnen in der Stadt Wil

a) Zusammenfassung der Interpellation

Daniel Gerber (glp) hat am 6. März 2014 mit 16 Mitunterzeichneten eine Interpellation mit der Überschrift «Öffentlicher Verkehr: «Lokalzone Wil» für alle EinwohnerInnen in der Stadt Wil!» eingereicht, in der er zu vier Fragen eine Antwort des Stadtrats erwartet.

b) Antwort des Stadtrats

Zonenzuteilung Haltestellen Rislen und Maugwil: Die damalige Gemeinde Bronschhofen beantragte im Dezember 2009 die Zuteilung der Haltestelle Maugwil zur Zone 916. Für die Haltestelle Rislen wurde nichts beantragt. Die Geschäftsstelle Ostwind unterbreitete der Gemeinde eine Offerte in der Grössenordnung von jährlich 5'000 bis 6'000 Franken, um die Mindereinnahmen als Folge des Zonenwechsels zu decken. Daraufhin sprach sich Bronschhofen gegen die Mitfinanzierung aus, da sie den Betrag für diese Haltestelle als nicht verhältnismässig betrachtete. Im Rahmen der Gemeindevereinigung wurde darauf hingewiesen, dass die vereinigte Stadt Wil diese Frage somit nicht als prioritär betrachten werde. Für den Stadtrat hat sich im zweiten Jahr nach der Vereinigung keine neue Beurteilung dieser Ausgangslage ergeben. Sollte allerdings eine Zonenanpassung beispielsweise im Rahmen der Übernahme der Stadtbuslinie durch den Kanton oder als Zugeständnis in der Diskussion der Lokalzonen ohne künftige finanzielle Folgen möglich sein, so wird sich der Stadtrat dafür einsetzen.

Verlängerung der Linie 706 in Nebenverkehrszeiten: Seit dem Fahrplanwechsel Dezember 2013 sind der Dorfkern von Bronschhofen viertel- und die Gebiete Himmelrich, Bildfeld, Westquartier sowie Letten halbstündlich erschlossen. Die zusätzlichen Kosten waren vergleichsweise gering, da das System effizient optimiert werden konnte. Aufgrund des geringen Fahrgastpotentials lohnt es sich in den Nebenverkehrszeiten nicht, die Buslinie

706 bis nach Maugwil zu führen, weshalb der Bus im Gebiet Ebnet wendet. Ähnlich verhält sich die Situation mit der vom Interpellanten geforderten Verlängerung in das Gebiet Himmelrich: Das Fahrgastpotential für einen Viertelstundentakt wird als zu gering beurteilt. Vor dem Fahrplanwechsel lag der Deckungsgrad dieser Linie 705 mit 25% unter den vom Kanton geforderten 30%. Auch betriebliche Faktoren sprechen gegen eine Verlängerung der Linie 706 ins Himmelrich: Der Bus hätte rund fünf Minuten Standzeit im Quartier, wofür ein Wartepplatz erst noch gebaut werden müsste. Das Vermischen von Busnummern und Linienführungen sollte zudem, wenn möglich, vermieden werden, damit die Kundinnen und Kunden sich gut orientieren können.

Ab Dezember 2015 wird der Kanton die Stadtbuslinien bestellen. Erste Gespräche ergaben, dass dann auch die Linien 705/706 aufgrund unbefriedigender Anschlusssituation am Bahnhof Wil überprüft werden sollen. Hierbei kann die vorgeschlagene Option des Verlängerns in den Nebenzeiten mitgedacht werden. Es ist dem Stadtrat ein Anliegen, nur ein Busangebot zu bestellen, bei welchem die entsprechende Nachfrage auch vorhanden ist. Wenn der vom Kanton geforderte Deckungsgrad von 30% künftig nicht erreicht wird, wird der Kanton entweder den Takt verringern oder die Stadt Wil muss die nicht gedeckten Kosten übernehmen.

Förderung des öffentlichen Verkehrs als Energiestadt: Der Stadtrat setzt sich auf verschiedenen Ebenen für die Förderung des öV ein. Auf der Infrastrukturseite werden über die Planung von Busbevorzugungsmassnahmen auf den Hauptverkehrsachsen, den Umbau des Bahnhofs Wil sowie die Aufwertung der Bushaltestellen die Verhältnisse für den öV verbessert. Ein anderes Thema ist dasjenige der «gleich langen Spiesse» für öV und MIV. In diesem Zusammenhang wird der Stadtrat eine weitere Anpassung der Parkierungstarife prüfen. Da die angekündigten Tarifanpassungen des Ostwinds der öV-Förderung zuwiderlaufen, setzt sich der Stadtrat prioritär für deren Beibehaltung ein. Erst wenn dies geklärt ist, kann als zusätzliche Massnahme die Vergünstigung der Kindertarife erneut zusammen mit den übrigen Gemeinden der Lokalzone geprüft werden.

c) Stellungnahme des Interpellanten

In seiner Stellungnahme hielt **Daniel Gerber (glp)** fest, dass die Tariflogik im öV-Netz der Stadt Wil nicht nachvollziehbar sei. So koste eine kurze Strecke von einem knappen Kilometer, von einer Haltestelle aus einer Zone zur nächsten Haltestelle in eine andere Zone, unverhältnismässig viel – viel mehr, als das Auto auf diese kurze Strecke kosten würde. Vor diesem Hintergrund werde die Busfahrt für kurze Strecken unattraktiv, das Nutzen des eigenen Autos werde damit verlockend. Als Energiestadt seien aber Massnahmen gefordert, um hier Gegensteuer zu geben und das Busangebot attraktiv auszugestalten, auch durch Massnahmen wie angepasste, sinnvolle und nachvollziehbare Streckenführungen, wie er sie in einem Vorstoss angesprochen habe. Abschliessend zeigte sich der **Interpellant Daniel Gerber** «teilweise zufrieden» mit der Antwort des Stadtrats.

7. Interpellation Susanne Gähwiler (SP): Kinder- und kundenfreundliche Bustarife in der Stadt Wil

a) Zusammenfassung der Interpellation

Susanne Gähwiler (SP) hat am 6. März 2014 mit 19 Mitunterzeichneten eine Interpellation mit der Überschrift «Kinder- und kundenfreundliche Bustarife in der Stadt Wil» eingereicht, in der sie zu fünf Fragen eine Antwort des Stadtrats erwartet.

b) Antwort des Stadtrats

Wiedereinführung Kindertarife: Dies ist nur gesamthaft in einer Ostwindzone möglich (Zone 916 im Jahr 2010: Rickenbach, Wilen, Bronschhofen und Wil). Während Wil, Rickenbach und Wilen sich im Juli 2010 für eine Vergünstigung des Kindertarifs aussprachen, lehnte Bronschhofen diese ab. Im Rahmen der Systemanpassung öV hat das Parlament im Mai 2013 die Empfehlung der vorberatenden Kommission an den Stadtrat überwiesen, die Vergünstigungen für Kinder erneut zu prüfen. Ein Planungsbüro ermittelte daraufhin die jährlich wiederkehrenden Kosten für die Einführung des verbilligten Kindertarifs. Eine Variante 1 (nur Verbilligung Mehrfahrtenkarten) rechnete mit Mehrkosten von 8'500 Franken pro Jahr, eine Variante 2 (Verbilligung Mehrfahrtenkarten, Einzelfahrten und Tageskarten) mit 17'300 Franken. Im Budget 2014 wurde dieses Anliegen ausgeklammert, da die Stadt Wil im September 2013 erstmals von der geplanten Streichung des Lokaltarifs erfuhr und dessen Auswirkungen viel gravierender auf die Tarifgestaltung sein würden. Sollte die Streichung trotz aller Bemühungen umgesetzt werden, müsste eine allfällige Tarifverbilligung inkl. Kindertarife in einer ganz anderen Dimension geprüft werden, nämlich für rund 200'000 Franken pro Jahr. Der Stadtrat ist trotzdem nach wie vor bereit, dieses Anliegen zu prüfen, wobei dies weiterhin nur gemeinsam mit Rickenbach und Wilen möglich ist.

Schulwege: Der Stadtrat teilt die Auffassung des Departements Bildung und Sport, es sei aus Gründen der Bewegungsarmut vieler Kinder nicht empfehlenswert, Busfahren auf dem Schulweg zu fördern. Nach Rückfrage mit der Interpellantin zeigte sich, dass ihre Frage sich nicht auf Primarschülerinnen und -schüler bezog, sondern auf Oberstufenschülerinnen und -schüler, welche normalerweise mit dem Velo auf längeren Schulwegen unterwegs seien. Es gebe gefährliche Situationen, etwa bei Schnee. Da werde der Stadtbus als sinnvolle Alternative erachtet. Diese Überlegungen sind grundsätzlich nachvollziehbar. Man kann somit durchaus die Frage prüfen, ob die Tarife angemessen sind. Zu attraktiv sollten sie indes nicht sein: Würden Schulweg-Mehrfahrtenkarten und besonders erschwingliche Preise nämlich dazu führen, dass Jugendliche generell vermehrt, also nicht nur wetterbedingt, den Bus benützen, dann wäre das vorrangige Ziel der Bewegungsförderung unterlaufen.

Selbstverlad von Velos: WilMobil transportiert offiziell keine Velos, bei vorhandenem Platz werden Velos aber als «Angebot für Notfälle» zu einem Preis von 6 Franken zugelassen. Dabei sind die in den Quartieren eingesetzten Klein- und Midibusse nicht für den Velotransport eingerichtet. Der Stadtrat ist daran interessiert, die kombinierte Mobilität zu fördern, soweit dies den normalen Busbetrieb nicht beeinträchtigt. Er wird daher das Anliegen «Selbstverlad von Velos» an entsprechender Stelle einbringen. Da auf dem Stadtgebiet von Wil auch das kantonale Amt für öffentlichen Verkehr (AöV) als Besteller auftritt, ist eine Koordination notwendig. In einem ersten Kontakt unterstützte das AöV das Anliegen Wils.

Tarifgestaltung WilMobil: Gemäss dem Verbundtarif OSTWIND werden innerhalb des Verbundgebiets nur Verbundfahrausweise abgegeben, sprich alle Tarife sind vorgeschrieben. Ausnahmen bilden Extrafahrten sowie das Befördern von Gepäck und Velos.

c) Stellungnahme der Interpellantin

Susanne Gähwiler (SP) führte in ihrer Stellungnahme kritisch aus, dass die Kindertarife respektive die Kinder-Mehrfahrtenkarten im Zuge des letzten Fahrplanwechsels abgeschafft worden seien. Dies mache das Busfahren für Kinder und Jugendliche unattraktiv – und diese Zielgruppe sei ja die nächste Generation der öV-Nutzenden. Abschliessend zeigte sich die **Interpellantin Susanne Gähwiler (SP)** «zufrieden» mit der Antwort des Stadtrats.

Kommissionsbestellung

An der heutigen Sitzung des Wiler Stadtparlaments wurden die Mitglieder einer nicht ständigen Siebner-Kommission bekannt gegeben:

- **«Ausbau Schulsozialarbeit»**; Präsidentin Dora Luginbühl (SP); Mitglieder Patrick Bernold (CVP), Christine Hasler (CVP), Marcel Malgaroli (FDP), Mario Schmitt (SVP), Luc Kauf (GRÜNE prowil) und Daniel Gerber (glp).

Zudem wurde das Geschäft **«Erneuerung Kommunikationsnetz»** der ständigen Werkkommission zugewiesen.

Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurden keine parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Schluss der Sitzung

Präsidentin Silvia Ammann schloss die heutige Sitzung um 19.35 Uhr.